

Niederschrift

über die 18. Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend, Soziales und Familie

Sitzungstag: 15.10.2015
Sitzungsort: Graf-Anton-Günther-Saal im Rathaus
Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:20 Uhr

Teilnehmerverzeichnis:

Vorsitzende

Huckfeld, Renate

Ausschussmitglieder

Andersen, Klaus

Feldmann, Monika

Habersetzer, Ralph

Kourim, Frank

Lange, Hans-Jürgen

Vahlenkamp, Dieter

für Herrn Dr. Bollmeyer

für Frau Thomßen

für Herrn Sender

für Frau de Jong-Ebken

Grundmandat

Hartl, Arnulf

Hinzugewählte Mitglieder

Bachner-Zander, Tanja

Blank, Petra

Schwerdt, Hans Ulrich

Waculik, Heidi

Verwaltung

Albers, Jan Edo Bürgermeister

Berger, Detlef

Heeren, Andree

Meile, Manfred

Münk, Frauke

Rüstmann, Dietmar

Gäste

Gudehus, Sandra

Kettler, Angela

Kopke, Bianca

Landkreis Friesland -Jugendamt-

Lebenshilfe WHV / FRI

Lebenshilfe WHV / FRI

Entschuldigt waren:

Stellvertretender Vorsitzender
Bollmeyer, Matthias Dr.

Ausschussmitglieder
Jong-Ebken, Roswitha de
Sender, Alfons
Thomßen, Almuth

Hinzugewählte Mitglieder
Janssen, Waldemar
Neumann, Christine

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1. Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr

TOP 2. Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung und der anwesenden Ausschussmitglieder

Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Anwesenheit der oben genannten Ausschussmitglieder fest.

TOP 3. Feststellen der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

TOP 4. Feststellen der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen.

TOP 5. Einwohnerfragestunde - Sitzungsunterbrechung -

Die Vorsitzende unterbricht die Sitzung, um anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen von allgemeinem Interesse an die Ausschussmitglieder oder die Vertreter der Verwaltung zu richten.

Hiervon wird kein Gebrauch gemacht.

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

TOP 6. Inklusionsprojekt der Lebenshilfe Wilhelmshaven Friesland e.V. in der Begegnungsstätte des Graftenhauses; hier: Gewährung eines Mitnutzungsrechts für Räumlichkeiten im Graftenhaus und weitere Unterstützungsmaßnahmen seitens der Stadt Jever Vorlage: BV/1031/2011-2016

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Angela Kettler und Frau Bianka Kopke von der Lebenshilfe Wilhelmshaven Friesland e.V. und bittet sie zur Thematik kurz auszuführen.

Frau Kettler erklärt, dass die Begegnungsstätte im Rahmen des Vorprojektes bereits sehr stark mit Leben gefüllt werden konnte. Man habe eine große ehrenamtliche Unterstützung aus der Bevölkerung erfahren, wofür sie sehr dankbar sei. Andererseits habe „Aktion Mensch“ jedoch auch hinterfragt, ob sich das anschließende geplante Großprojekt für Jever lohnen würde. Diesbezüglich seien alle Beteiligten sehr zuversichtlich und der Hauptantrag werde jetzt vorbereitet. Man hoffe, dass die „Aktion Mensch“ dem Antrag zustimmen werde, damit in Jever ein entsprechendes Vorzeigeprojekt entstehen könne.

Bürgermeister Albers dankt einerseits Frau Kettler und Frau Kopke für die geleistete Arbeit aber auch den Ratsmitgliedern, für deren klares Votum, dieses für Jever einmalige Projekt zu unterstützen.

Sodann beschließt der Ausschuss folgenden Beschlussvorschlag:

Die Stadt Jever befürwortet die Antragstellung der Lebenshilfe Wilhelmshaven Friesland e. V. an die Aktion Mensch für die Förderung eines auf drei Jahre ausgelegten Inklusionsprojekts. Sie ermöglicht der Lebenshilfe eine Mitnutzung der als Begegnungsstätte ausgewiesenen Räumlichkeit einschließlich Küche und dem dazugehörigen Abstellraum sowie des Seniorenbüros im Graftenhaus. Falls im Rahmen des Projektes eine Nutzungsentschädigung für diese Räumlichkeiten ausgezahlt wird, beabsichtigt die

Stadt, einen Betrag in gleicher Höhe für die Ausstattung der Begegnungsstätte zur Verfügung zu stellen.

Zudem erklärt sich die Stadt Jever dazu bereit, zusammen mit der Lebenshilfe Wilhelmshaven Friesland e. V. und möglichen Kooperationspartnern Lösungswege zu erarbeiten, um auch nach Beendigung einer dreijährigen Förderung durch die Aktion Mensch die erreichten und noch angestrebten Ziele aufgrund des Inklusionsprojekts fortführen zu können.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit:

**TOP 7. Vorstellung der Jugendleitercard durch das Jugendamt des Landkreises Friesland
Vorlage: MV/1032/2011-2016**

Die Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Sandra Gudehus vom Jugendamt des Landkreises Friesland und dankt ihr für ihre Bereitschaft, den Ausschuss über die Ausbildung von Jugendleiter / innen zu informieren.

Frau Gudehus erläutert daraufhin anhand einer kurzen Präsentation das Verfahren zum Erwerb der Jugendleitercard.

Die Präsentation ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Ergänzend führt sie noch zu den Vergünstigungen aus, die Inhaber einer Jugendleitercard in Anspruch nehmen können. **Herr Berger** plädiert dafür, diesbezüglich auch in Jever noch aktiver zu werden und weitere Angebote an Vergünstigungen zu schaffen.

Ein Verzeichnis über Vergünstigungen für Juleica-Inhaber ist dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Herr Hartl fragt an, ob es eine Altersgrenze für den Erwerb der Jugendleitercard gebe.

Frau Gudehus erklärt, dass dies nicht der Fall sei, wobei sich in der Regel jüngere Menschen zu Jugendleitern ausbilden lassen würden. Ein klassisches Beispiel für ältere Juleica-Inhaber seien die Feuerwehren, um eigenständig Jugendfahrten durchführen und organisieren zu können.

Herr Habersetzer hinterfragt kurz die Anzahl der in Jever derzeit aktiven Jugendleiterinnen und Jugendleiter.

Frau Gudehus antwortet, dass dies immer sehr unterschiedlich sei, da die Inhaber der Jugendleitercards einem stetigen und starken Wechsel unterliegen würden. **Herr Berger** ergänzt, dass nicht nur das Jugendamt, sondern auch beispielsweise das THW, der Schützenverein und auch die Kirche regelmäßig Jugendleiterausbildungen anbieten würden. Nach seiner Schätzung würden in Jever jährlich ca. 20 bis 40 Jugendleiter ausgebildet werden.

Auf Nachfrage **der Vorsitzenden** teilt **Frau Gudehus** mit, dass die Juleica eine Gültigkeitsdauer von 3 Jahren habe und danach dann vom Jugendamt bei Bedarf verlängert werden müsse.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Ausführungen zur Juleica zur Kenntnis.

**TOP 8. Einrichtung einer Jugendvertretung bzw. eines Jugendparlaments; hier Sachstandsbericht durch die Stadtjugendpflege
Vorlage: MV/1033/2011-2016**

Herr Berger erläutert den Stand hinsichtlich der Einrichtung einer Jugendvertretung in Jever. Ergänzend führt er aus, dass in Kürze viele diesbezügliche Termine mit den Schulen unter Einbindung der jeweiligen Lehrerschaft anstünden. Der ursprünglich anvisierte Zeitpunkt für ein Jugendforum für Ende November dieses Jahres können nicht gehalten werden. Man habe jetzt jedoch **mit Samstag, den 23.01.2016**, einen festen Termin vereinbart.

Das Ergebnis des Forums sei offen und die Entscheidung über Art und Form einer zukünftigen Jugendvertretung liege allein bei den Jugendlichen.

Es solle jedoch eine lebendige Jugendvertretung entstehen, woraus auch die umfangreiche Vorbereitungsarbeit resultiere. Letztendlich und im Ergebnis werde man davon profitieren. **Frau Gudehus** vom Jugendamt führt ergänzend aus, dass die Kreisjugendpflege den in Jever eingeleiteten Prozess nunmehr auch begleiten und unterstützen könne, da der Landkreis für den Bereich der Kreisjugendpflege wieder eine entsprechende Stelle geschaffen habe.

Bürgermeister Albers erklärt, dass eine ernstgemeinte und nachhaltige Jugendvertretung entstehend müsse und kein vorübergehendes „Strohfeuer“. Dies sei ohne zusätzliches Personal nicht möglich und müsse im nächsten Haushalt auch entsprechend dokumentiert werden.

Herr Kourim teilt mit, dass die Einrichtung einer Jugendvertretung auf einen Antrag der SPD basiere und auch vom Stadtjugendring vollumfänglich begleitet werde. Insofern bitte auch er die Stadt um nachhaltige Unterstützung.

Herr Hartl führt aus, dass hier Kontinuität Vorrang habe, da sich ansonsten das Ganze als Eintagsfliege erweisen werde.

Abschließend nimmt der Ausschuss die Ausführungen zum Sachstand einer Jugendvertretung in Jever zur Kenntnis.

**TOP 9. Zuweisung und Unterbringung von Flüchtlingen; hier: Situationsbericht der Verwaltung
Vorlage: MV/1034/2011-2016**

Ergänzend zur Sitzungsvorlage teilt **Bürgermeister Albers** aus aktuellem Anlass mit, dass der Landkreis im Auftrage des Landes in der alten Schule am Schlosserplatz kurzfristig eine Erstaufnahmeeinrichtung für zunächst 100 Flüchtlinge herrichten werde. Die Flüchtlinge würden bereits am 17.10. in Jever erwartet. Später sollen dann nochmals weitere 100 Flüchtlinge folgen. Der Landkreis habe ihm versichert, dass es derzeit keine alternativen Unterbringungsmöglichkeiten im Kreisgebiet gebe. Die Zuständigkeit für den Betrieb dieser Einrichtung liege allein beim Land bzw. beim Landkreis.

Im Weiteren erläutert er den Pressebericht des Landkreises vom heutigen Tage.

Dieser Pressebericht ist der Niederschrift in der Anlage beigelegt.

Darüber hinaus teilt **Bürgermeister Albers** mit, dass man sich im übrigen bzgl. der Aufnahme der regulär zugewiesenen Asylbewerber mit den anderen Kommunen dahingehend geeinigt habe, sich gegenseitig zu unterstützen, falls es zu Engpässen komme. Die Stadt Jever fordere daher eine Entlastung vom Land sowie eine Freistellung der Nachbarkommunen bei der Aufnahme im Rahmen der Quote.

Die Stadt Jever werde die derzeitige Aufnahmequote, wie in der Vorlage ausgeführt, in diesem Jahr erfüllen. Die weitere Entwicklung im kommenden Jahr bleibe abzuwarten.

Der Ausschuss nimmt den Situationsbericht zur Flüchtlingsproblematik zur Kenntnis.

Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses:

TOP 10. Zusätzlicher Personalbedarf für die Flüchtlings- und Schulsozialarbeit sowie der allgemeinen sozialen Hilfen Vorlage: BV/1035/2011-2016

Bürgermeister Albers trägt anhand der Sitzungsvorlage zum Sachverhalt vor und erläutert die Notwendigkeit von weiterem Personal zur Integration der Flüchtlinge. Nur mit einer nachhaltigen Integration werde man für die Flüchtlinge eine verbesserte und dauerhafte Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen. Daher sei es auch vorgesehen, dass zusätzliche Personal in der Schulsozialarbeit und in den Kindertagesstätten einzusetzen. Man stehe hier vor einer nicht einfachen organisatorischen Herausforderung, um den Bedürfnissen aller Beteiligten einigermaßen gerecht zu werden.

Darüber hinaus habe man auch eine Fürsorgepflicht für das vorhandene Personal, das dringendst auf eine weitere Unterstützung angewiesen sei, sowohl in der Verwaltung direkt als auch in den Schulen und Kindertagesstätten.

Herr Schwerdt trägt vor, dass die Integration von Flüchtlingskindern im normalen Schulbetrieb nicht möglich sei. Daher würden die Schulleitungen eher dafür plädieren, entsprechende Sprachförderklassen konzentriert, und zwar an der Paul-Sillus-Ganztagsschule, zu installieren.

Frau Blank führt aus, dass auch in den Kindergartengruppen kurzfristige Maßnahmen erforderlich seien, um eine dortige angemessene Betreuung der Flüchtlingskinder zu gewährleisten, insbesondere im letzten Kindergartenjahr vor dem Schuleintritt.

Nach kurzer weiterer Aussprache beschließt der Ausschuss:

Anmerkung: Da Schulangelegenheiten betroffen sind, nimmt Herr Schwerdt an der Abstimmung teil.

Für die Flüchtlingsbetreuung und den Ganztagsbetrieb an der Paul-Sillus-Schule sind zum frühestmöglichen Zeitpunkt befristet bis zum 31.07.2017 folgende zusätzliche Personalressourcen zur Verfügung zu stellen:

- **1 Vollzeitstelle mit 39 Std./wtl.; Sozialarbeiter/in für die Flüchtlingsbetreuung inkl. Begleitung und Betreuung im Bereich Schule / Kindertagesstätten**
- **5 Stunden/wtl.; Erzieher/in bzw. Sozialassistent/in für den Ganztagsbetrieb an der Paul-Sillus-Schule**

Die erforderlichen Personalkosten sind im Haushalt einzuplanen. Der Stellenplan ist schnellstmöglich anzupassen.

Zur teilweisen Gegenfinanzierung entfällt der Zuschuss zum Landesbudget zur Finanzierung eines Ganztagesangebotes in Höhe von maximal 8.000,00 € / jährlich mit sofortiger Wirkung.

Abstimmung: einstimmig beschlossen Ja 8 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Eigene Zuständigkeit

TOP 11. Genehmigung des Protokolls Nr. 17 vom 18.06.2015 - öffentlicher Teil -

Dieses Protokoll wird bei 2 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 12. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

TOP 13. Anfragen und Anregungen

Keine

TOP 14. Schließen der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:07 Uhr.

Genehmigt:

Renate Huckfeld
Vorsitzende/r

Jan Edo Albers
Bürgermeister

Andree Heeren
Protokollführer/in